Nr. 530 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 263

Abend-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 36.— M., monatl. 12.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 12.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 22.— M., für das übrige Ausland 30.— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die neungespaltene Nonpareillezeile kostet 6.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 2.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1.— M., jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3,50 M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Mittwoch, den 9. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Die Reparationskommission in Berlin.

Paris, 9. November. (EE.) Der „Newyork Herald" meldet, daß die Reparationskommission von der deutschen Regierung einen sofortigen Vorschuß von 100—200 Millionen Goldmark auf die am 15. Januar fälligen Zahlungen fordern werde. Das Blatt ist überzeugt, daß Deutschland imstande sei, diesen Vorschuß zu bezahlen. Das Garantiekomitee erhielt von der Reichsregierung genaue Mitteilungen über die Einnahmen des Reiches, weshalb die Reparationskommission Anlaß zu haben glaube, diesen Vorschuß von der deutschen Regierung fordern zu können und darauf zu dringen, daß diese Zahlungen eher erfolgen als weitere Gehaltsaufbesserungen der Beamten, oder höhere Dividendenzahlungen an industrielle Unternehmungen, an denen die Reichsregierung interessiert ist. Die Reparationskommission ist zu strengen Maßnahmen entschlossen, falls sie zu der Feststellung gelangen sollte, daß Deutschland sich seinen Schuldzahlungen entziehen wolle. Bevor sie jedoch solche Maßnahmen ergreifen wird, will sie Besprechungen mit deutschen Industriellen, Politikern, Finanzleuten und Regierungsstellen abhalten. Man glaubt, daß die Reparationskommission drei Wochen in Berlin bleiben werde.

Es ist kein Wunder, sondern entspricht nur den Gepflogenheiten, die von ähnlichen Fällen her bekannt sind, daß die Reise der Reparationskommission nach Berlin von allerhand Preßtreibereien begleitet wird. In dem vorliegenden Fall liegt der Zweck der Scharfmacherei auf der einen Seite, der Einschüchterung auf der anderen Seite so klar zutage, daß man über den sachlichen Wert der Meldung kaum noch ein Wort zu verlieren braucht. Die Idee, daß die Kommission nach Berlin komme, um Vorschüsse zu fordern, wozu sie gar nicht das Recht hat, ist grotesk. Ebenso die Art, wie die angeblich beabsichtigte Vorschußzahlung mit der Beamtenbesoldung verbunden wird. Das Reich hat sich zur Reform der Besoldung entschlossen, damit die Beamten nicht verhungern, und die Reparationskommission wird einsehen, daß den Interessen, die sie zu vertreten hat, durch das Verhungern der deutschen Beamten nicht gedient ist.

Richtig ist nur soviel, daß von den Ergebnissen der Untersuchung, die die Reparationskommission hier anstellen will, für Deutschland viel abhängt. Die Kommission hat laut Art. 234 des Dokuments von Versailles die Hilfsmittel und die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen, sie kann die Zahlungsfristen ausdehnen und die Tilgungsarten ändern, sie kann auch mit Ermächtigung der in ihr vertretenen Regierungen auf Forderungen verzichten. Auf der anderen Seite heißt es in Art. 244 Anlage 2 §§ 17 und 18:

Kommt Deutschland irgendeiner seiner Verpflichtungen aus diesem Teile des gegenwärtigen Vertrages nicht nach, so zeigt der Ausschuß (d. h. die Reparationskommission Red. d. „V.") diese Nichterfüllung unverzüglich jeder der beteiligten Mächte an und teilt ihr gleichzeitig seine Vorschläge über die im Hinblick auf diese Nichterfüllung angebracht scheinenden Maßnahmen mit.

Die Maßnahmen, zu denen die alliierten und assoziierten Regierungen, falls Deutschland vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, berechtigt sind und die Deutschland sich verpflichtet, nicht als feindselige Handlungen zu betrachten, können sein: wirtschaftliche und finanzielle Sperr- und Vergeltungsmaßregeln, überhaupt solche Maßnahmen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten.

Im Falle eines deutschen Versäumnisses ist also entscheidend, ob als Grund tatsächliche Leistungsunfähigkeit oder der Vorsatz, nicht zu leisten, angenommen wird, und dafür ist das Urteil der Reparationskommission maßgebend. Da bisher Versäumnisse nicht eingetreten sind, kann die Kommission auch keine Vorschläge zu „strengen Maßnahmen" machen. Da aber die Gefahr vorliegt, daß solche Versäumnisse in absehbarer Zeit eintreten könnten, hängt alles von dem Gelingen des Beweises ab, daß von einem „Vorsatz" Deutschlands, nicht zu leisten, keine Rede sein kann, sondern daß umgekehrt nur der Fall des Art. 234 in Betracht kommt, wonach wegen erkannter Leistungsunfähigkeit Deutschlands Stundungen und Nachlässe eintreten können.

Zweck der Erfüllungspolitik ist, jeden Verdacht, als ob Deutschland seinen Verpflichtungen „vorsätzlich" nicht nachkomme, zu entkräften und dadurch neue Gewalttaten gegen das deutsche Volk zu verhindern. Daran kann man ermessen, welche Verantwortung die Leute auf sich nehmen, die gegen die Erfüllungspolitik arbeiten!

Sehr ernste Maßnahmen ins Auge gefaßt.

Paris, 9. November. (EE.) Marcel Hutin berichtet im „Echo de Paris", daß Millerand nach seiner Rückkehr aus Montpellier sofort bedeutende Konferenzen mit mehreren Mitgliedern der Regierung hatte, die an Deutschlands Reparationszahlungen interessiert sind. Sehr ernste Maßnahmen seien ins Auge gefaßt worden, um allen Eventualitäten, die sich in Deutschland ergeben könnten, begegnen zu können. Ein Mitglied der Reparationskommission, die gestern nach Berlin fuhr, erklärte Marcel Hutin, daß der größte Teil des Vermögens der deutschen Industriellen ins Ausland abwandere. Die deutsche Regierung unternähme nichts, um dies zu verhindern. Die Reparationskommission muß sich darüber Rechenschaft ablegen, wie sich die Reichsregierung ihrer Verpflichtungen, die sie gegenüber dem Garantiekomitee eingegangen war, um die Reparationsforderungen Frankreichs zu decken, entledigt. Man müsse aber glauben, daß Deutschland nichts von dem tat, was es versprochen habe. Unter diesen Umständen sei es notwendig, daß Frankreich Maßnahmen, die wirksam seien, ergreife, doch weil Frankreich in der Reparationsfrage nicht allein interessiert sei, muß es sich zunächst mit England und Italien verständigen.

Senatsdebatte über den drohenden Bankerott Deutschlands

Paris, 9. November. (WTB.) In der gestrigen Senatssitzung, in der die Finanzlage Frankreichs besprochen wurde, erklärte Senator Japy, man dürfe sich durch einen falschen deutschen Bankerott nicht betören lassen. Man dürfe den Bankerott nicht annehmen und müsse sich an den natürlichen Reichtümern Deutschlands schadlos halten. Wenn man Deutschland verhindern wolle, Frankreich den Krieg zu erklären (?), müsse man alle internationalen und strategischen Eisenbahnlinien beseitigen und die beiden Rheinufer neutralisieren. Das wäre eine ernstliche Friedensgarantie und eine Frage, mit der der Völkerbund beschäftigt werden müßte. Der Senator verlangte auch, daß die Frage der französischen Schulden bei den Alliierten präzisiert werde. Er schlug eine internationale Anleihe bei den Neutralen vor, um die französische Finanzlage zu bessern. Diese Anleihe solle durch eine Hypothek auf das deutsche Vermögen gedeckt werden. Nach einer Entgegnung des Handelsministers Dior, der an die Wiederaufnahme der Geschäfte mit Deutschland glaubt, wurde eine Vertrauenstagesordnung angenommen, in der gesagt wird, man habe Vertrauen zu der Regierung, daß sie nicht gestatten werde, daß Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehe, was ein wirkliches wirtschaftliches Privileg in der Welt darstellen würde.

Widerstände gegen das Wiesbadener Abkommen.

London, 9. November. (EE.) Gestern abend veröffentlichte das Foreign Office den Bericht des englischen Vertreters in der Reparationskommission, Sir John Bradbury, über das Wiesbadener Abkommen. Der Bericht Bradburys erklärt, daß sich Deutschland durch dieses Abkommen neue Lasten auferlegte, die sich zu denen, die ihm bereits von der Reparationskommission auferlegt wurden, gesellen. Diese Tatsache sei um so auffälliger, als Deutschland immer erklärt habe, daß es bereits Schwierigkeiten habe, die ihm durch das Londoner Ultimatum auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Die Last, die sich Deutschland neuerdings durch das Abkommen von Wiesbaden auferlegt habe, sei geeignet, es ihm unmöglich zu machen, sich seiner Verpflichtungen, die ihm durch das Londoner Ultimatum vorgeschrieben worden seien, zu entledigen. Dies ist um so sicherer, als das Londoner Ultimatum ausdrücklich erklärte, daß es das Höchstmaß der Lasten vorschreibe, von denen man annehmen könne, daß Deutschland imstande sei, sie zu ertragen. Die möglichen Wirkungen des Abkommens von Wiesbaden aber seien derart, daß die anderen Alliierten Garantien für ihre Interessen fordern müssen. Die von Sir John Bradbury, dem italienischen und dem belgischen Vertreter geforderten Garantien sind folgende:

1. Nach einer gewissen Zeitperiode soll keine neue Vertagung der Schuldzahlungen gestattet werden, und die Liquidierung der aufgeschobenen Zahlungen muß durch regelmäßige jährliche Ratenzahlungen erfolgen. Das Höchstmaß des zugestandenen Zahlungsaufschubs wird von der Zeit abhängen, die man für notwendig erachtet, um das wichtige Werk des Wiederaufbaus zu fördern, soll aber 7 Jahre nicht überschreiten.
2. In keinem Fall soll die Gesamtsumme, für die man Deutschland einen Zahlungsaufschub gewährt, eine gewisse Summe, z. B. 4 Milliarden Goldmark, überschreiten.
3. Es soll eine Bestimmung geschaffen werden, durch die sich Frankreich verpflichtet, auf Konto der Reparationskommission im Verhältnis der im Augenblick geleisteten Zahlungen die notwendigen Summen abzuliefern, um den anderen Alliierten ihren legitimen Anteil zu sichern, den ihnen Deutschland schuldet.

Sir John Bradbury fügt hinzu, daß bei Aufnahme dieser drei Garantien, gegen die man berechtigten Widerspruch nicht erheben könne, zu erwarten sei, daß durch das Abkommen von Wiesbaden die Lösung des Reparationsproblems für Frankreich beschleunigt werde, ohne daß dadurch die Interessen der anderen Mächte geschädigt würden.

Loucheur nach Washington berufen.

Paris, 9. November. (TU.) Briand hat gestern Loucheur telegraphisch gebeten, an den Arbeiten der internationalen Konferenz von Washington teilzunehmen. Loucheur dürfte nächsten Sonnabend nach Amerika abreisen.

Mörder Datos überall. Die Gendarmen von Montreuil bei Paris haben einen gewissen Ferra verhaftet. Man vermutet, daß es sich um einen Mörder Datos handelt.

Der 9. November in Thüringen.

Aus Weimar wird uns geschrieben:

Die bürgerlichen Parteien Thüringens, vor allem die rechtsstehenden Parteien, aber auch maßgebende demokratische Parteikreise, benutzen jede Gelegenheit, um der erst vor wenigen Wochen neugebildeten sozialistischen Thüringer Landesregierung Schwierigkeiten in den Weg zu legen, sowie die Maßnahmen und Absichten dieser Regierung in hetzerischer Weise zu entstellen und zu verdächtigen. Auch in der außerthüringischen Presse haben solche Angriffe bereits wiederholt Aufnahme gefunden. Darum ist es nötig, die erhobenen Vorwürfe richtigzustellen.

Der „Furor Protestanticus" wird augenblicklich unter freundlicher Mithilfe des wohlbekannten, seit seinem Bestehen auf einseitigsten konfessionalistisch zugespitzten Kulturkampf eingestellten „Evangelischen Bundes" entfacht, weil die Thüringer Landesregierung das „Verbrechen" begangen haben soll, das Reformationsfest abzuschaffen! Was hat nun aber in Wirklichkeit die Thüringer Landesregierung verbrochen? Es ist ihr nicht im Traume eingefallen, irgendein kirchliches Fest als solches abzuschaffen, wie in Presseäußerungen und Protestresolutionen zwecks absichtlicher Irreführung immer wieder behauptet wird.

Das Reformationsfest war bisher nur in drei von den sieben Thüringer Gliedstaaten als den übrigen staatlich anerkannten Feiertagen gleichgestellter Feiertag landesgesetzlich festgelegt. Da Thüringen nun ein einheitliches Staatsgebilde geworden ist, muß auch eine einheitliche Regelung der Feiertage Platz greifen. Die Thüringer Regierung hat dem im größeren Teile Thüringens bisher bestehenden Gebrauch allgemeine Gültigkeit verliehen, indem sie durch ein Notgesetz bestimmte, daß das Reformationsfest nicht als staatlich anerkannter allgemeiner Feiertag zu gelten hat, also soweit es auf Wochentage fällt, den Gang des sozialen und staatlichen Lebens nicht beeinflussen kann. Von einer Abschaffung aber des Reformationsfestes als solches kann gar nicht die Rede sein.

Die Reformation, deren Feier hier von Leuten vertreten wird, die bei dem Worte „Revolution" teils höchste Abscheu bekunden, teils Gänsehaut bekommen, war übrigens zweifellos eine der größten Revolutionen der Weltgeschichte. Das hält die Kritiker der Thüringer Staatsregierung nicht ab, bei ihren Betrachtungen über die letzten Thüringer Notgesetze mit der Bestimmung über den Reformationsfeiertag, voll heller Entrüstung die Erklärung des 9. November zum gesetzlichen Feiertag in Parallele zu stellen. Dieselben Kreise, die sich am 9. November 1918 angstvoll vor dem Zorn der enttäuschten Volksmassen verkrochen haben, sind inzwischen wieder so munter geworden, daß sie sich maßlos aufregen, weil der Gedächtnistag der Entstehung der Republik, der doch nicht Sache einer Konfession, sondern der überwiegenden Mehrheit des ganzen Volkes ohne Unterschied der Konfession ist, zum allgemeinen thüringischen Feiertag erhoben wurde. Auch diese Frage wird bezeichnenderweise unter dem Sammelbegriff „Kulturkampf" gefaßt! Die Thüringer Regierung wird sich auf dem von ihr beschrittenen Wege durch das Geschrei der reaktionären Gegner aller Richtungen nicht irre machen lassen. Sie hat zum 9. November 1921 folgenden Aufruf erlassen:

„Am 9. November jährt sich zum dritten Male der Tag der volksbefreienden Revolution! Mitten in der ungeheuren Niederlage, die das kaiserliche Deutschland nach unsäglichen Kämpfen, Mühen und Opfern erlitten hatte, erhob sich das Banner der neuen deutschen Republik, das vom werktätigen Volk aufgerichtet wurde auf den Trümmern einer unrühmlich dahingeschiedenen Monarchie.

Dieser 9. November 1918 war auch ein Befreiungstag für unser Thüringer Volk, das, aufgewachsen und verknöchert in der Vielstaaterei, unlösbar gekettet schien an das Geschick und die Hauspolitik seiner Fürstenhöfe, kleiner Monarchien, die nun plötzlich hinweggefegt wurden durch den Sturm der Revolution.

Ein schöner Trost in all der Not unseres Vaterlandes, die vom Volke unverschuldet getragen werden muß und ihm noch jeden Tag neue schwere Folgen des unseligen Krieges aufbürdet, eine stolze Hoffnung bleibt die Arbeit am Aufbau von Land und Volk Thüringens. Vom 9. November 1918 führte diese rastlose Arbeit zum 1. Mai 1920, zum Geburtstage des Freistaates Thüringen. Neunter November und erster Mai werden daher immer bedeutsame Tage für unser Land bleiben. Feiertage, die nicht überkommen sind aus vergangenen Zeiten harter Knechtschaft und geistiger Bevormundung, sondern entsprungen und errungen sind durch den Willen und die Arbeit eines freigewordenen, sich selbst regierenden Volkes.

Volksgenossen, helft, daß diese Feiertage — insonderheit der 9. November — festgehalten werden mit ganzem Herzen, tragt Sorge dafür, daß sie in schlichter und würdiger Art gefeiert werden als ein Augenblick des Aufatmens, der Erholung und Erbauung im schweren, aber vorwärtsschreitenden Aufbau unserer jungen demokratischen Republik Deutschland und unseres schönen Landes Thüringen."

Im Sinne dieses Aufrufs ist verfügt worden, die öffentlichen Gebäude in den Reichsfarben zu beflaggen, in den Schulen und sonst in der Oeffentlichkeit Feiern zu veranstalten, „die nicht einseitig parteipolitischen, sondern allgemeinen republikanischen Charakter tragen sollen."

Diese Bekanntmachung wird kein billig Denkender, auch kein wirklicher Demokrat bürgerlicher Observanz als eine einseitige parteipolitische Kundgebung bezeichnen können, im Gegenteil, es ist hocherfreulich, daß die Thüringer Landesregierung, deren Mitglieder beiden sozialistischen Richtungen zu gleichen Teilen angehören, sich mit solcher Klarheit und Entschiedenheit auf den Boden der demokratischen Republik stellt. Die offenen und versteckten Anhänger der monarchischen Restaurationsidee natürlich werden sich aufbäumen, daß endlich einmal die republikanische Regierung eines deutschen Freistaates den Versuch macht, mit der Republikanisierung des Geistes aller öffentlichen Lehranstalten zu beginnen; auch bürgerlich-demokratische Kreise können doch, wenn sie sich einer geraden, ehrlichen und folgerichtigen Haltung befleißigen, daran nichts aussetzen. Haben doch auch gerade hervorragende demokratische Publizisten wie Theodor Wolff wiederholt mit Recht weitgehende Forderungen in dieser Richtung aufgestellt, ja sozialistische Minister, die nach ihrer Meinung darin nicht genug getan haben sollen, der Bequemlichkeit und Nachlässigkeit geziehen! Wohlan, Ihr demokratischen Geistesgrößen, sorgt dafür, daß Eure Freunde in Thüringen der Landesregierung, wenn sie nach Eurem Rezepte handelt, nicht in den Rücken fallen!

Die Keifenden.

Die Rechtspresse macht ihrem Aerger über die Feier des 9. November durch das Proletariat in gehässigen Artikeln Luft, wobei die Entscheidung schwer ist, welchem Organ die Krone der Verlogenheit und Geschichtsfälschung gebührt. Natürlich steht die Dolchstoßlegende wieder im Vordergrund ihrer Betrachtungen „neu renoviert und aufgearbeitet". Die zahlreichen Widerlegungen der letzten Zeit, an denen keine objektive Geschichtsforschung wird vorübergehen können — erinnert sei nur an die Schrift Kösters „Konnten wir weiterkämpfen?" und an die Materialsammlung „Der Sieg war zum Greifen nahe!" —, existieren einfach für diese Leute nicht, mit unermüdlicher Geduld wärmen sie ihren alten Kohl zum zehnten Male auf, bringen hundertmal Widerlegtes zum hundertsten Male vor. Mit diesen Leuten ist weder zu rechten noch zu reden, und wir lassen das Wort des volksparteilichen Professors Kahl in der „Täglichen Rundschau" gelten, daß sich die heute lebende Generation niemals über die Frage einigen wird, ob der Krieg oder die Revolution den Zusammenbruch von 1918 verschuldet habe.

Schuld daran tragen freilich Leute wie Professor Kahl selbst, die mit der Verbohrtheit des unheilbar Voreingenommenen an ihrer Deutung festhalten und nach Zerstörung einer Legende flugs eine neue erfinden. Da die Telegramme Hindenburgs und Ludendorffs aus den ersten Oktobertagen des Jahres 1918 keinen Zweifel mehr lassen, daß der militärische Zusammenbruch der Revolution um fünf bis sechs Wochen vorangegangen ist, rettet sich Professor Kahl — und gleich ihm ein Oberstleutnant a. D. Müller im roten „Tag" — mit kühnem Schwung auf die Behauptung, daß die Revolution schon jahrelang vorher das Heer zermürbt habe.

Sie selber aber werden widerlegt durch andere Artikelschreiber der Rechtspresse, die mit Emphase betonen, daß das kämpfende Heer am 9. November noch stark und unerschüttert gestanden hat! Und so entpuppt sich das ganze Dolchstoßgeschrei als heuchlerischer Vorwand für ganz andere Dinge: man wird über diese klar, wenn man im „Lokal-Anzeiger" unter der Aufzählung der revolutionären „Verbrechen" besonders hervorgehoben findet, „das Toben nach Erfassung der Goldwerte". Da liegt die wirkliche Quelle der Wut zutage, für die die Herren Professoren a la Kahl nur die ideologische Verbrämung finden müssen.

Dieser Volksparteiler ist übrigens keine Sondererscheinung. Die gesamte volksparteiliche Presse, auch die sonst so zahme „D. A. Z." steht der deutschnationalen in der Tonart kaum nach. Besonders darf erwähnt werden, daß die „D. A. Z." ihren Haß auf das parlamentarische System entlädt:

Wir reden hier nicht bloß von der Sozialdemokratie, wir reden von dem ganzen System, das am 9. November über uns hereingebrochen ist, das man wohl das parlamentarische nennt, und das man besser als das Cliquensystem bezeichnen könnte.

Vier Tage nach dem Eintritt der Volksparteiler in die preußische Regierung ist das eine ganz hübsche Leistung, die jedenfalls zeigt, wie die Volksparteiler ihre Mitwirkung in der Regierung auffassen.

Noch charakteristischer aber gebärdet sich die sogenannte demokratische Presse. Ob Ullstein- oder Mossefabrikat — sie schweigt den 9. November tot. Durch Sentimentalitäten darf man sich doch nicht das Geschäft verderben! Weder das „B. T.", noch die „Voss." erwähnen die Wiederkehr des 9. November mit einer Silbe. Die Feier der „Morgenpost" besteht — in einem Schimpferguß gegen die Hochbahner, die zehn Minuten lang den Verkehr stille legen (entsetzlich), und selbst die „Volkszeitung", das Mossesche Hinterhaus-Organ, dem sonst aus agitatorischen Rücksichten ein freierer Ton gestattet ist, bringt es nur zu einem Artikel auf den „Unbekannten Soldaten Deutschlands", in dem vom 9. November mit keinem Wort die Rede ist. Die bürgerliche Demokratie enthüllt sich in ihrer ganzen Kläglichkeit und speziell ihre Presse beweist, wie wenig sie trotz gelegentlicher radikaler Anwandlungen in das Haus des Arbeiters gehört. Sie bietet ein Musterbeispiel der bürgerlichen Gesinnungsfeigheit, die der letzte Grund dafür ist, daß das absolute System Deutschland bis ins zwanzigste Jahrhundert beherrschen und in den Abgrund führen konnte.

Die Krise in der Demokratischen Partei.

Der Demokratische Verein in Frankfurt am Main nahm in einer Versammlung eine Resolution an, worin die Haltung der demokratischen Reichstagsfraktion in der eben überwundenen Regierungskrisis bedauert und verurteilt wird. Der Rücktritt des Kabinetts Wirth hätte nur nach Aussprache der Parteien im Reichstag freiwillig als Protest gegen die Vergewaltigung des Rechts in der oberschlesischen Frage erfolgen dürfen. Völlig unverständlich sei der Beschluß der Fraktion, der ihr Ausscheiden aus der Koalition zur Folge hatte und durch den die Mitarbeit von Rathenau an verantwortlicher Stelle vorläufig ausgeschaltet worden sei. Die Haltung der Fraktion sei als ein in der Hauptsache durch das Entgegenkommen gegen die Deutsche Volkspartei beeinflußtes Abweichen von einer eigenen demokratischen und sachlichen Politik abzulehnen und verdiene als ein Zeichen der Schwäche und mangelnder Zielsicherheit schärfste Kritik.

Die Delegierten für Bremen wurden beauftragt, auf dem dortigen Parteitag im Sinne dieser Entschließung zur Frage der Parteiführung und der Politik der Partei Stellung zu nehmen.

Die Führer der demokratischen Reichstagsfraktion, die Koch, Petersen, Gothein usw. werden in Bremen keinen leichten Stand haben, um ihre unverständliche Politik dem Ansturm der Kritik aus ihren eigenen Reihen gegenüber zu verantworten. Die Politik dieser Männer hat es fertig gebracht, daß es mit der Deutschdemokratischen Partei, die im November 1918 mit lautem Sang und Klang gegründet wurde, ständig bergab geht. Das unablässige Schielen nach rechts, worin die Mehrheit der demokratischen Reichstagsfraktion seit langem ihre Hauptaufgabe erblickt, hat nachgerade zwischen sie und einen Teil der Mitglieder der Demokratischen Partei einen Keil getrieben, der auf dem Bremer Parteitag durch wohlwollende Mahnungen zur Einigkeit nicht so leicht beseitigt werden dürfte. Vielen ehrlichen Demokraten bürgerlicher Struktur ist es nachgerade widerwärtig geworden, von der „neuen" Partei die alte Komödie des Liberalismus weitergespielt zu sehen.

Gündell gegen Hindenburg.

Der General v. Gündell, der einige Tage im November 1918 Chef der Waffenstillstandskommission war, ehe er durch Erzberger abgelöst wurde, erläßt im „Militärwochenblatt" eine lange Erklärung über die Umstände seines Rücktritts. Dazu, daß seine Person von Erzberger als ungeeignet bezeichnet wurde, schreibt der Herr General in geblähtem Tone:

Ich möchte nur hervorheben, daß man vollkommen recht gehabt hat unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung und der Staatssekretär Erzberger bereits am 7. November entschlossen waren, so schmähliche und durch unsere militärische und politische Lage nicht gerechtfertigte Waffenstillstandsbedingungen anzunehmen, wie sie es noch zwei Tagen getan haben. Für den Abschluß eines solchen Waffenstillstands war ich allerdings eine völlig ungeeignete Persönlichkeit.

Herr v. Gündell hat in der Hitze des Gefechts übersehen, daß seine Ausführungen schallende Ohrfeigen für den Generalfeldmarschall Hindenburg sind, der am 10. November ausdrücklich telegraphierte, daß der Waffenstillstand unter allen Umständen unterzeichnet werden müsse, auch wenn die Feinde in keinem Punkte Milderungen zugestanden.

Die unentbehrliche Zivilliste.

Nachdem die aufsehenerregenden Forderungen des ehemaligen braunschweigischen Herzogshauses, die sich auf zirka eine halbe Milliarde beliefen und einen großen Teil der Staatsgüter, Forsten, Schlösser, Domänen, Museen usw. umfaßten, von der braunschweigischen Landesversammlung glatt abgewiesen sind, hat Ernst August nunmehr den Klageweg beschritten, da angeblich das welfische Fürstenhaus — eines der reichsten der Erde — die Zivilliste „nicht länger entbehren" kann. Die Klage, die sich vorläufig nur auf einen Bruchteil der geforderten Werte beschränkt, enthält u. a. eine Forderung auf Zahlung von jährlich 350 000 M. bzw., da diese „infolge der Geldentwertung natürlich längst nicht ausreichen", 400 000 M. jährlich. Gleichzeitig sollen diese 400 000 M. jährlich für die Zeit seit der Revolution mit Zinsen nachgezahlt werden! Alle weitergehenden Ansprüche des Herzogshauses werden in der Klage vorbehalten.

Völkerbund und Gegenenteignung.

Dem Völkerbundrat ist in der Note vom 20. Oktober 1921 die Prüfung aller Petitionen vorbehalten worden, in denen eine Verletzung des zwischen den Hauptmächten und Polen am 28. Juni 1919 geschlossenen sogenannten Minoritätenvertrages behauptet wird. Damit ist auch die Möglichkeit geschaffen, die von der polnischen Regierung im Widerspruch zum Alliiertenvertrag in Posen und Pommerellen jüngst angeordneten Liquidationen vor ein internationales Forum zu bringen. Auf Grund dieser Bestimmungen hat sich der Rittergutsbesitzer Heinrich von Tiedemann nunmehr, nachdem ihm ein Liquidationsbeschluß zugestellt wurde, durch seinen Rechtsbeistand nach Genf an den Völkerbund gewandt. Er hat gleichzeitig die Botschafterkonferenz in Paris und die Vertreter der Garantiemächte des Minoritätenvertrages von den durch die polnische Regierung begangenen Vertragsverletzungen in Kenntnis gesetzt.

Deutschlands verminderte Einfuhrkraft. Im englischen Unterhause teilte Baldwin mit, daß die Einfuhr Deutschlands in den ersten neun Monaten des Jahres 1921 rund fünfzehn Millionen Pfund Sterling betragen habe gegenüber zwanzig Millionen Pfund Sterling im gleichen Zeitraum des Vorjahres und achtundfünfzig Millionen Pfund im Jahre 1913.

„Flüchtlingselend und Kartoffelwucher." Zu dieser Notiz in Nr. 499 des „Vorwärts" teilt uns der „Landbund Guben" mit, daß die Lagerverwaltung des Flüchtlingslagers sich zwecks Kartoffelbeschaffung zu spät an den Grundbesitz gewandt habe und daß tatsächlich in den letzten Wochen für den Bedarf der Stadt Guben 19 000 Zentner Kartoffel angeliefert wurden. Auch die minderbemittelte Bevölkerung sei teils billiger, teils unentgeltlich eingedeckt worden, obwohl die Ernte außerordentlich ungünstig gewesen sei.

Die Rheinschiffer gegen Schwarz-weiß-rot. Die Schiffsbesatzungen der Rheinfahrzeuge haben beschlossen, die schwarzweißrote Flagge nicht mehr zu führen.

Meine neue Wohnung.

Von Karl Ernst.

Früher hatte ich eine Vierzimmerwohnung. Damals ernährte ich mich durch Stundengeben. Die deutschnationalen, damals konservativen, Kreise hatten einen besonderen Bildungsdrang. Aus diesen Kreisen stammten meine meisten Schüler. Wenn sie trotz meiner Hilfe in der Schule nicht weiterkamen, empfahl ich den Eltern gewöhnlich, sie auf die Kadettenanstalt zu schicken. Dort sind nämlich hervorragende Lehrkräfte. Ganz hoffnungslose Schüler haben auf der Kadettenanstalt mit Leichtigkeit das Abiturientenexamen gemacht. Das nur nebenbei. Plötzlich kam der Krieg, und ich wurde eingezogen. Die Eltern meiner Schüler beglückwünschten mich, daß ich auch mitmachen dürfe, und versprachen, mir Liebesgaben ins Feld zu schicken. Ich dankte, sagte aber, ich wäre in einigen Tagen wieder zurück, denn ich sei krank. Als ich nach fünf Tagen tatsächlich wiederkam, waren meine Stellen alle besetzt. Darauf konnte ich die Miete nicht bezahlen, und dann wurde ich exmittiert. Damit komme ich zu dem, was ich eigentlich sagen wollte.

Nach vielen Irrfahrten landete ich in meiner jetzigen Wohnung. Ich wohne mit den Resten meiner Vierzimmereinrichtung in einem Atelier. Es ist ein prachtvoller, heller, großer Raum. Die Wände sind schneeweiß getüncht. Wenn man rankommt, färbt's ab. Im Sommer ist es schön warm, im Winter schön kühl. Die Mäuse sind dies Jahr etwas später ausgezogen als voriges Jahr wegen der milden Witterung. An der südöstlichen Wand steht ernst und schwer ein eiserner Ofen. Das ist alles, was er tut. „Hier stehe ich, ich kann nichts anderes." Er steht massiv und überhaupt sehr hübsch aus und trägt ein Schild mit der Inschrift: „Vulkan Nr. 1, Musterschutz." Heizen läßt er sich nicht. Man kann zwar Holz, Torf, Kohlen, zurückgesandte Manuskripte und andere Brennmaterialien hineintun, man kann sie auch anstecken, aber dann ist's aus. Das heißt, das Feuer brennt noch eine Weile weiter, nur es qualmt so, daß man den Versuch nicht ein zweites Mal wagt. Den Vulkan habe ich lieb. Wenn er nämlich nicht wie ein verrußter Fabrikschornstein rauchen würde, wäre das Atelier längst vermietet, und ich wäre obdachlos.

Ich habe das Atelier hintenherum gemietet, obwohl es nach vorne liegt. Aber bitte schön, pßt! nichts dem Wohnungsamt verraten! Auf der Dringlichkeitsliste stehe ich nämlich erst zwei Jahre, und da bin ich noch nicht dran. Ordnung muß sein. Ich habe Nummer 34 521 der Dringlichkeitsliste. Wenn ich auch auf der Straße liege, erst kommen die Leute mit den Nummern 2000 bis 3000. Oder in diesem Jahr sind vielleicht die geraden Zahlen dran. Irgendwie wird's schon zusammenhängen, daß die Dringlichkeit anerkannt, man obdachlos ist und doch keine Wohnung bekommt.

Ich hoffe auf das Ausbleiben des diesjährigen Winters.

„Sittlicher Schmutz."

Als ich das las: „Kundgebung gegen den sittlichen Schmutz!", da sagte ich mir: „Das mußt du anhören! Hier ist sicher unser geliebter Professor Brunner dabei! Wer kann sonst im Sittlichen nach Schmutz suchen?" Richtig, er war da. „Weil ihn andere anfeinden, begrüßen wir ihn," sagte der Vorsitzende des Sittlichkeitsvereins D. Weber-Bonn, bevor er unserem Professor das Wort erteilte.

Wie er da steht und spricht: „Ueber Schund und Schmutz in Wort und Bild." Er drosch Phrasen, wie: moralische Valuta nicht besser als die Mark-Valuta. Autoritätslosigkeit. Mangel an Vaterlandsliebe. Verletzung der „natürlichen" Schamhaftigkeit. Schmutzwelle. Gemeine Instinkte. Sudelei in Wort und Bild. Hemmungsloses Triebleben. Dekadenten-Leben. Liebe gleich Trieb. Freundschaft gleich Homosexuell. Moderne gleich Zersetzung. Und wetterte dann los, gegen den herrschenden Zwang, gegen die herrschende Unfreiheit — weil man ihm nicht Macht gibt, jede Kunst zu kastrieren. (Leider gelingen ihm die Kastrationsversuche viel zu sehr.) Und verlangte erhöhte Moralüberwachung. Dann lief ich weg, denn die Sache wurde mir zu unsittlich. Erstens fand ich es wider alle gute Sitte, daß man einem Professor Brunner erlaubt, gegen die Regierung zu wettern, die ihm die Macht nimmt, „das Volk im ganzen zu packen", um es in eine verlogene, scheinheilige und darum erst recht unsittliche Masse zu verwandeln. Zweitens, weil der Herr Professor Brunner aus allen möglichen Winkelblättern, die ein anständiger Mensch weder sieht noch kennt, die saftigsten Stellen den neugierig lauschenden Zuhörern vorzulesen begann, um ihnen den Grad der Volksverderbtheit zu beweisen. Ich bin dadurch zwar dem Vergnügen entgangen, den Herrn Generalsuperintendent Burghart das Schlußwort sprechen zu hören, aber da ich schon die Rede des Brunner-Vorspanns, des Herrn Pastor Rocha, in mich aufgenommen hatte, fühlte ich mich genügend geläutert.

Was dieser Pastor Rocha über „das sittliche Theaterelend" zu sagen wußte, muß ich zur Erbauung der breiteren Oeffentlichkeit mitteilen. Ich habe mich schon lange nicht mehr so gut amüsiert, wie beim Herrn Pastor, als er den guten Herbert Eulenberg zu zitieren anfing, von dem er sicher nicht wußte, daß er ein Buch geschrieben hat, das den Titel führt: „Darf man ehebrechen!" Als er ihn dazu noch „Hans Eulenburg" nannte. Als er Busch als den Klassiker unter den Komikern bezeichnete, ohne zu wissen, daß Busch so etwas wie eine Fromme Helene und einen Heiligen Antonius geschrieben hat. Als er die Meinung aufstellte, daß Frank Wedekind und Schnitzler die Kunst beschmutzen! Daß deren Werke salonfähig gemachte Gemeinheit sind! Daß, was in die Hände von Frank Wedekind kommt, sich in Schmutz verwandelt! Das hat mir mehr Spaß gemacht, als irgendeins von den unsittlichen französischen Stücken, gegen die er loswetterte. Den Vogel schoß jedoch der anonyme Verfasser seiner Rede — denn daß der Herr Pastor diese Rede geschrieben hat, das glaube ich nicht; sie verriet eine zu große Unkenntnis der guten und ein fabelhaftes Auskennen in der Schmutzliteratur — ab mit dem wunderbaren Schluß. Da behauptete er, daß zwei Richtungen jetzt in Deutschland miteinander ringen: die Richtung Stirner—Nietzsche—Ibsen—Wedekind—Wyneken mit der Richtung Kant—Schiller—Fritz von Unruh—Stefan Zweig.

Ich hätte gern gelacht, aber schon nahte der gestrenge Herr Diener mit einer Liste, in die man sich einschreiben sollte. Damit wurde man zum Mitglied des Deutschen Sittlichkeits-Vereins „Plötzensee". Das verschlug mir das Lachen. Ich schrieb mich nicht ein, sondern ich hielt Umschau, ob in dem überfüllten Saal nicht eine holde Jungfrau anwesend wäre, deren Sittlichkeitsgrad zu bestimmen es sich gelohnt hätte. Aber es war keine einzige da. Und da dachte ich mir: „Was wollt ihr? Der Würde dieser Frauen tritt, weiß Gott, niemand zunahe! Kein Mensch wird sie jemals in Versuchung führen! Und in den „Reigen" werden sie schon von selbst nicht gehen." Aber das ist ja das Schlimme, daß die Leute sich immer in das hineinmischen, was sie nichts angeht und was sie nicht verstehen.

Mirol.

Der diesjährige Nobel-Friedenspreis soll, wie aus Stockholm berichtet wird, dem Professor Stroosgreen in Kopenhagen zuerkannt werden. Professor Stroosgreen hat während des Krieges energisch dahin gewirkt, um die internationalen astronomischen Verbindungen aufrechtzuerhalten.

Marschlied.

Die Faust geballt und hart der Sinn!
Wir wollen nicht vom Leben lassen.
Schrei uns'rer Sehnsucht lod're auf.
Durchdröhne die Nacht auf allen Gassen.

Den Blick empor und Tritt gefaßt.
Bald wird die Welt an uns gegeben.
Der Morgen graut, die Zeit ist nah!
Und neu durchblutet uns das Leben.

Der Himmel stürzt bei unserm Lied.
Doch unbeirrbar uns're Füße schreiten.
Wir sehen schon das weite Land,
dem wir die neue Saat bereiten.

Hans Wesemann.

Die Museen für das Publikum! Prof. Martin, der Direktor der Haager Gemäldegalerie, der Amerika besucht hat, spricht sich für die Nachahmung der amerikanischen Versuche aus, mit denen eine neue Bindung zwischen Museum und Oeffentlichkeit geschaffen werden soll. In den Museen von New York, Chicago u. a. hält man Konzerte ab und hat damit große Erfolge erzielt. Manche amerikanische Museen umfassen auch Hörsäle, so daß dort Vorträge abgehalten werden können. M. a. W. die amerikanischen Museen dienen dem Leben und der Gesamtheit, während sie bei uns immer noch wesentlich nur für eine historisch gerichtete Wissenschaft da sind.

Das erste irische Blaubuch. Der irische „Dail Eireann" hat jetzt in Dublin die erste amtliche Publikation erscheinen lassen, die als Blaubuch der Einheits-Regierung zu bezeichnen ist. Ihr Titel lautet „Amtliche Schriftstücke zu den Friedensverhandlungen vom Juni bis September 1921". Der Band enthält den gesamten Schriftwechsel zwischen dem englischen Premierminister und De Valera bis zum 30. September. Einige der Mitteilungen von irischer Seite sind in gälischer Sprache abgefaßt.

Eigenartiger Auftakt zur Abrüstung.

Foch fordert Intervention in Sowjet-Rußland?

Wie die „Intel" aus zuverlässiger Warschauer Quelle erfährt, entwickelt **Foch** in Amerika eine große **Propaganda für eine sofortige Intervention gegen Sowjetrußland.** Foch erklärte dem Präsidenten Harding gegenüber, daß die Weiterexistenz der russischen **Sowjetrepublik unvereinbar** sei mit dem europäischen Frieden und Wiederaufbau. Die französischen Delegierten für die Washingtoner Konferenz haben den Auftrag, unbedingt diese Intervention gegen Sowjetrußland auf der Washingtoner Konferenz **durchzusetzen.**

Washington, 9. November. (EP.) Der Senat hat den Antrag Harrison angenommen, wonach die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz **öffentlich** geführt werden sollen.

Der englisch-französische Türkenstreit.

Ein Geheimvertrag zwischen England und der Türkei.

Paris, 9. November. (WTB.) „**Matin**" veröffentlicht einen am 2. September 1919 (als die türkische Friedensdelegation von Clemenceau nach Konstantinopel zurückgeschickt wurde) abgeschlossenen **Geheimvertrag zwischen Damad Ferid Pascha** namens des Sultans und den drei Engländern **Frater, Rolam** und **Churchill**, die ermächtigt gewesen seien, namens der englischen Regierung zu unterzeichnen.

Aus dem Inhalt teilt der „Matin" folgendes mit: In dem Geheimvertrag verpflichtet sich die englische Regierung, die **Unabhängigkeit und Integrität der Türkei** unter ihrem Mandat sicherzustellen und Konstantinopel als Sitz des Kalifats zu erhalten. Die **Meerengen** sollten unter englische Kontrolle kommen. Die Türkei sollte ein unabhängiges **Turkestan** zulassen, materielle Hilfe zugestehen, um die Herrschaft Englands in Mesopotamien zuzulassen, und schließlich gestatten, daß England eine innere Streitmacht in der Türkei organisiere, um die nationale Bewegung zu unterdrücken, die sich einer halbkonstitutionellen Regierung, wie sie in der Türkei geschaffen werden sollte, widersetzen werde. Die Türkei verzichtet in dem Vertrag auf alle ihre Rechte auf **Aegypten und Cypern**. Nach Abschluß des Friedensvertrages sollte ein nochmaliger Vertrag mit der englischen Regierung abgeschlossen werden, der die Bestimmungen über Syrien und Mesopotamien ergänzt.

Die Veröffentlichung des Vertrages erfolgt durch **Daladier** als Antwort auf die Stellungnahme des „Daily Chronicle" gegen das **französisch-türkische** Abkommen.

Rumänien gegen Habsburg.

London, 8. November. (WTB.) Reuter erfährt, daß die **rumänische Regierung** in voller Uebereinstimmung mit den Regierungen von Prag und Belgrad die Aufmerksamkeit der britischen Regierung darauf gelenkt hat, daß das **ungarische** Gesetz die Möglichkeit der etwaigen Wahl eines Mitgliedes der Familie **Habsburg** für den Thron **nicht** ausschließt. Heute abend hat der rumänische Gesandte in London im Auswärtigen Amte eine **formelle Note** aus **Bukarest** überreicht, in der **Take Jonescu** Beschwerde führt, daß das ungarische Gesetz **nicht genügend klar** sei. Die rumänische Regierung ist der Ansicht, daß dieser Mangel an Klarheit zu **neuen Kriegen** führen werde, und weist darauf hin, daß die Frage der Dynastie Habsburg von allgemeinem Interesse und keineswegs eine ausschließlich innere Angelegenheit Ungarns sei. Es wird vorgeschlagen, daß die **Botschafterkonferenz** dieser Ansicht Geltung verschaffen soll.

Der englische Kreuzer „Cardiff" mit Karl und Zita ist in Konstantinopel eingelaufen und gleich nach **Gibraltar** weitergegangen.

Wirtschaft

Die Lage in Handel und Industrie.

Die Berichte, die die preußischen Handelskammern über den Geschäftsgang von Handel und Industrie im Monat Oktober dem Handelsministerium erstattet haben, zeigen eine **Fortdauer des lebhaften Geschäftsganges.** Der schlechte Stand der Valuta ermöglichte einen bedeutenden Export und gab dem Inlandsverbrauch zu umfassenden Eindeckungen für die Zukunft, durch die die Läger von Groß- und Einzelhandel schneller geleert wurden, als sie nachgefüllt werden können, Anlaß. Die lebhafte Beschäftigung fast der gesamten Industrie schaffte auch einen bedeutenden Gegenwartsbedarf. Die Aufhebung der Rheinzollgrenze wurde nicht nur im besetzten Gebiet als große Erleichterung empfunden. **Schwere Hemmnisse** der Produktion stellten der **Mangel an Qualitätskohlen** und eine unzureichende Gestellung von Eisenbahnwagen dar, die durch einen weitgehenden Ausfall des Binnenschiffahrtsverkehrs infolge der ungewöhnlichen Trockenheit verschärft wurde. Dazu kamen in den eisenverarbeitenden Gewerben Knappheit an Rohstoff und in allen Industriezweigen erhöhte Lohn- und Gehaltsansprüche, über die in der Mehrzahl der Fälle eine Verständigung erfolgte, die jedoch vielfach die **Kalkulationsgrundlagen** der Abschlüsse umwarfen, an deren Ausführung gearbeitet wurde. Viele Industrien sind unter diesen Umständen nicht in der Lage gewesen, der gegenwärtigen Nachfrage zu entsprechen und mußten ihre Lieferungen streng rationieren. Neue Abschlüsse kamen wenig zustande, sei es, daß die Verkäufer nicht für längere Frist Preise machen konnten, sei es, daß die Abnehmer die geforderten Preise nicht bewilligen wollten. Die durch die Markentwertung herbeigeführte Unsicherheit hat bisweilen sogar dazu geführt, daß im Inlandsgeschäft Abschlüsse in ausländischer Währung gemacht wurden.

Forderungen der Sparkassen. Auf dem **Allgemeinen deutschen Sparkassentage** in Nürnberg wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Das Vertrauen der Sparer ist hauptsächlich durch die neue Steuergesetzgebung erschüttert und kann sehr schwer wiederhergestellt werden. Wir müssen es aber wiederherstellen, und fordern deshalb: 1. daß das **Spar- und Bankgeheimnis** im früheren Umfang wiederhergestellt wird (!), 2. daß die **kleinen Vermögen**, das sind solche bis zu 150 000 M., von den Vermögenssteuern **freibleiben**, 3. daß der **Vermögenszuwachs** steuerfrei bleibt, wenn er bei dreijähriger Veranlagungsperiode insgesamt 50 000 M. nicht übersteigt, 4. daß die **Kapitalertragssteuer** von Sparguthaben unter 10 000 Mark nicht erhoben wird. — Wir fordern ferner, daß die Sparkassen für ihre nach dem 1. Oktober 1919 angekauften Wertpapiere **kapitalertragssteuerfrei** bleiben, zumal die preußischen Sparkassen gezwungen sind, 25 Proz. in Inhaberpapieren anzulegen, wohingegen die übrigen Geldinstitute volle Bewegungsfreiheit in der Anlage ihrer Gelder haben.

5 Millionen Liter französischen Wein muß Deutschland aus Frankreich hereinlassen, so meldet der „Exportateur Français". Das Recht zu diesem Zwang leitet es aus dem Friedensvertrag her. Inwieweit es begründet ist, erscheint belanglos. Jedenfalls muß Deutschland sich an französischem Wein für seine Schieber und Großverdiener totkaufen; die französischen **Winzer** verdienen — und für die nötigsten **Wiederaufbauarbeiten** fehlt es an Geld, weil Deutschlands Valuta durch diese Luxuseinfuhr vor die Hunde geht. Das Ganze nennt man die wirtschaftliche Logik des Friedensvertrages.

Groß-Berlin

Der „Reigen"prozeß.

Die Fortsetzung der Beweisaufnahme brachte gestern nachmittag zunächst eine überraschende Enthüllung. Die Zeugin **Lehrerin Frl. Teusch**, Mitglied des Reichstags und Angehörige der Christlichen Volkspartei, erklärte, sie halte das Stück für unzüchtig, weil das Spiel auf der Bühne den

Geschlechtsverkehr als Folge des sinnlichen Triebes

zu deutlich vorführe. Leider unterließ der Vorsitzende, die Zeugin zu fragen, durch welche Motive ihrer Meinung nach ein Geschlechtsverkehr veranlaßt werden dürfe. Wir möchten das Versäumnis nachholen, indem wir die Frage im Sinne des Frl. Teusch beantworten. Der Geschlechtsverkehr — so wird sie als Pädagogin sagen — kann eine Folge **guter Erziehung** sein und er wird sich in diesem Fall stets zwanglos in den Formen bewegen, die in der besseren Gesellschaft üblich sind. Er kann aber auch — und hier spricht die Zentrumsabgeordnete — ein Ausfluß gefestigter **religiöser Ueberzeugung** sein. In beiden Fällen fehlt dem Geschlechtsverkehr das Kriterium des Anstößigen und Unzüchtigen, denn es kommt bei der ethischen Bewertung einer Handlung nicht auf den Erfolg, sondern auf die Absicht an. Schon **Wilhelm Busch** klagte:

„Zwar man zeuget viele Kinder,
Doch man denkt sich nichts dabei."

Dafür zu wirken, daß in dieser Hinsicht endlich eine Wandlung zum Besseren eintritt und die sittlichen Nöte der Geschlechtsverkehrenden gelindert werden, ist Aufgabe der ultramontanen Erziehung und Gewissensberatung. Wir möchten daher an Fräulein Teusch die Bitte richten, für alle Benötigten noch in diesem Winter einen theoretischen Kursus zu eröffnen.

Ein zartes Gemüt.

Zeuge **Lebius**, der Herausgeber und Verleger der „**Staatsbürger-Zeitung**", bezeichnet sich als Republikaner und Freidenker; er habe bei Anhörung des Stückes aus ästhetischen und politischen Gründen die Empfindung gehabt: Wenn die Republik das duldet, bringt sie sich um ihren guten Namen. Als die Szenen sich abrollten, habe ihm **geradezu der Atem gestockt**, denn neben ihm hätten zwei junge Mädchen im Alter von 15 oder 16 Jahren gesessen. Er habe vor dem Stück einen solchen Abscheu empfunden, daß er sich die letzten Bilder schenkte. Er hat sich auch noch an einen **Logenschließer** gewendet und dieser habe ihn gewarnt und gesagt: „Nehmen Sie sich in acht, **bei dem geringsten Zeichen des Mißfallens werden Sie verhaftet und schließlich noch verhauen!**" — Auf Vorhalt des R.-A. **Heine** bestätigt der Zeuge, daß er seinerzeit gegen die Sozialdemokratie die **gelbe Arbeiterbewegung organisiert** habe. Seitdem er von der Sozialdemokratie weg sei, sei er „**Nationaldemokrat**".

In ähnlicher Weise wie die letzten Vorzeugen äußern sich noch weitere Zeugen, die Anstoß an dem Stück genommen und den bei dem Buchhändler Warthemann ausliegenden Protest unterschrieben haben. Justizrat Dr. **Rosenberger** stellt bei einem dieser Zeugen fest, daß er den

Protest unterschrieben habe, bevor er das Stück gesehen habe.

Als Zeuge wird auch der Landgerichtsdirektor Geh.-Rat **Bock** vernommen, der Vorsitzender der Zivilkammer war, von welcher die Entscheidung über die beantragte richterliche Verfügung ergangen war. Er ist als Vorstandsmitglied der Deutschen Opernhauses **mit der Bühnentechnik vollständig vertraut.** Der Zeuge hat vor Fällung der Entscheidung der Aufführung beigewohnt und sehr genau die Einzelheiten in bezug auf die Szenerie, die Darstellung und die Kostüme beobachtet und **noch keiner dieser drei Richtungen hin irgendwie Anstößiges gefunden.** Die Beisitzer der Kammer haben gleichfalls einer Aufführung beigewohnt. In der Szene „Die Schauspielerin und der Graf" habe er weder in den Gesten, noch in der Körperlage, noch in dem Kostüm der Schauspielerin Anstößiges bemerkt, auch die Steigerung bis zum Fallen des Vorhanges sei nicht obszön, beispielsweise gehe sie im Venusberg bei Richard Wagner noch weiter. Was die Darstellung betrifft, so hat weder in der ersten Vorstellung, die er gesehen, noch sonst irgendeiner der Darsteller Gesten gemacht, die an Vorgänge hinter dem Vorhang erinnerten. Gegenteilige Wahrnehmungen einzelner Zeugen halte er nicht für zutreffend. Was den angeblichen, die **Lüsternheit befördernden Rhythmus der Musik** betrifft, so sei ihm völlig unverständlich, wie der Rhythmus einer Musik auf gewisse Vorgänge delikater Art hindeuten kann.

Nach der Vernehmung dieses Zeugen wird die Verhandlung auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Nationalistische Heuchelei.

Wenn man sich die im allgemeinen frech und schlecht durchs Leben schlagenden Vorortblätter durchliest, dann kommt man angesichts der dort vielfach verzapften politischen, wirtschaftlichen und sozialen Weisheit aus dem Lachen nicht heraus. Der „**Zehlendorfer Anzeiger**", der sich trotz seiner wütenden Abneigung gegen Groß-Berlin stolz als Veröffentlichungsblatt des 10. Berliner Bezirkes bezeichnet, gibt einem Beitrag Raum, in dem sich ein politischer Dreikäsehoch unter der Ueberschrift „Es wird zu viel gearbeitet" über den im „Vorwärts" enthaltenen gemeinsamen Aufruf der SPD., USP. und der Gewerkschaftskommission zur Feier des 9. November aufregt. Das Männlein (oder Weiblein) schnauft dann folgende Sätze von sich: „Wenn trotz der tieftraurigen Lage Deutschlands die sozialistischen Parteien und sozialistischen Gewerkschaften noch immer der Ansicht sind, es müsse gefeiert werden, damit nur ja nicht zuviel gearbeitet werde, so beweist das nur, wie völlig unbelehrbar unsere Sozialisten auch heute noch sind."

Der deutschnationale Gernegroß entrüstet sich hier über die vom tiefsten Ernst getragenen Feiern der republikanischen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Er sollte lieber seine Schnüffelnase in die **drei- bis siebentägigen Feste der nationalen Schützenvereine** stecken.

Steht Berlin vor einer Lebensmittelkatastrophe?

Höchst beunruhigende Gerüchte schwirren in diesen Tagen durch die Berliner Bevölkerung. So nimmt man allgemein an, daß infolge des Frostes die Landwirte nicht ihre Kartoffelmieten öffnen und **Berlin infolgedessen ohne Zufuhr von Kartoffeln** bleiben werde, deren Preis inzwischen zu einer skandalösen Wucherhöhe emporgeschraubt worden ist.

Weitere sehr beunruhigende Nachrichten kommen von den **Wochenmärkten.** So wird von dem Wochenmarkt Prenzlauer Allee berichtet, daß dort die Schlächter gestern vormittag nur wenig Fleisch und auch nur zu bereits erheblich erhöhten Preisen hatten. Die Schlächter gaben an, nur noch den Bestand zu verkaufen. **Schon in den nächsten Tagen solle es kein Fleisch mehr geben, da sie nichts mehr einkaufen. Fett, Schmalz sowie Hülsenfrüchte sind fast gar nicht mehr vorhanden** oder nur zu Wucherpreisen. Viele Frauen waren nicht in der Lage, etwas kaufen zu können und in erregten Gruppen gab sich lauter Unwillen über diese Zustände kund. Vor den Kolonialwarengeschäften beginnen sich bereits wieder **Lebensmittelpolonaisen** der Frauen zu bilden, genau wie während des Krieges

Die Not und die Hilflosigkeit der minderbemittelten Bevölkerung ist bereits so groß, daß es bald nicht mehr länger so geht. Die Reaktionäre aller Schattierungen lecken sich jetzt schon die Lippen, weil sie hoffen, an dem Feuer der ausbrechenden Empörung ihr Süppchen kochen zu können. Videant consules! Mögen die Staatsleiter acht geben!

In einer Kreismitgliederversammlung des 6. Kreises (Kreuzberg) in Kliems Festsälen erstattete der zweite Vorsitzende des Bezirksvorstandes, Gen. **Emil Lehmann**, Bericht über den **Görlitzer Parteitag.** Er verteidigte den vielfach angegriffenen **Görlitzer Koalitionsbeschluß**, der mit der vom **Bezirkstag Groß-Berlin angenommenen Resolution identisch** sei. Eine Resolution, die alle Beschlüsse des Görlitzer Parteitages billigt und deren Durchführung empfiehlt, wurde vom Vorsitzenden der Kreisorganisation, Gen. **Sperling**, eingebracht und zur Diskussion gestellt. Die meisten Diskussionsredner, insbesondere Gen. Ernst **Heilmann**, sprachen **gegen die Annahme** dieser Resolution. Nach einem Schlußwort des Referenten erfolgte die Abstimmung, die die **Ablehnung** der eingebrachten Resolution mit etwa Dreifünftelmehrheit ergab.

Die Feuerbestattung nimmt zu! Im September sind in deutschen Krematorien 1484 Einäscherungen vorgenommen worden. Das sind 242 mehr als im September des Vorjahres. Von den 1484 Einäscherungen entfallen nicht weniger als 373 auf Berlin. Außerdem aber rechnet die Statistik das Krematorium in Berlin-Treptow mit 116 Einäscherungen besonders, so daß die Gesamtzahl für Groß-Berlin 489 und somit ein Drittel der Gesamtzahl der deutschen Einäscherungen beträgt. In weitem Abstand kommen Leipzig mit 82, Dresden mit 75, Hamburg mit 62 und Chemnitz mit 53 Einäscherungen.

Nette Kommunisten. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III hatten sich wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes, Begünstigung und Beihilfe der Dreher Karl **Schulz**, der Schlosser Wille **Bach**, der Landarbeiter Richard **Hartwig**, der Kellner Lorenz **Lermann**, der Schiffskoch Karl **Kiessig**, der Arbeiter Friedrich **Stielow**, der Heizer Hermann **Gutsche** und der Ingenieur und Betriebsrat Otto **Hansen** zu verantworten. Sämtliche Angeklagte sind Mitglieder der Kommunistischen Partei. Am Abend des 6. November v. J. brachen sie bei dem Bauerngutsbesitzer Karl Tasche in Dalgow, einem an Händen und Füßen gelähmten Mann, ein und zwangen ihn und seine Frau in rohester und brutalster Weise zur Herausgabe von 24 000 M. Geld und sämtlichen Schmucksachen. Nach dem Spruch der Geschworenen wurden verurteilt: **Schulz zu 9¼ Jahren Gefängnis, Bach zu 6½ Jahren Zuchthaus, Kiessig zu 8 Jahren Zuchthaus, Hartwig zu 3½ Jahren Gefängnis, Stielow zu 2 Jahren Gefängnis und Gutsche zu 1 Jahr 7 Monaten Gefängnis.** Den Angeklagten wurden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 bzw. 10 Jahren aberkannt sowie die Polizeiaufsicht über sie verhängt. Hansen war sogleich nach Begehung der Untat ins Ausland geflüchtet.

Weihnachtsspende für Schwerkriegsbeschädigte. Im Vereinslazarett des St. Norbertkrankenhauses Berlin-Schöneberg, Mühlenstraße 8/4, befinden sich noch eine Anzahl Schwerkriegsbeschädigte sowie auch aus der Gefangenschaft krank zurückgekehrte Kriegsteilnehmer, welche noch auf Jahre hinaus an das Lazarett gebunden sind. Um denselben eine Freude zu der am 18. Dezember stattfindenden Weihnachtsfeier bereiten zu können, bitten wir um Spenden und Gaben jeder Art. Spenden werden dankend von Paul Friedrich, Zimmer 107, oder Verwaltung des Krankenhauses entgegengenommen.

Soz. Elternbeiräte des 15. Bezirks. Donnerstag, abends 7 Uhr bei Schöps, Niederschöneweide, Grünauer Straße 8, wichtige Sitzung.

Wie kann die Mitarbeit aller Volkskreise in der Jugendwohlfahrtsarbeit erreicht werden? Ueber dieses Thema werden in einer Versammlung der Berliner Vereinigung für Jugendwohlfahrt am Donnerstag, den 10. November, nachmittags 5 Uhr, in der Aula der staatlichen Elisabethschule, Berlin SW 68, Kochstr. 65, Genossin Marie **Juchacz**, M. d. R., und Dr. F. **Siegmund Schultze** sprechen. Der Berliner Vereinigung für Jugendwohlfahrt gehört auch Genossin **Todenhagen**, die Vorsitzende des Bezirksausschusses für Arbeiterwohlfahrt, an. Referate und Diskussion sollen sich hauptsächlich mit der Ausbildung von Beamten und Helfern in der Jugendwohlfahrtsarbeit beschäftigen. Gäste sind willkommen!

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Donnerstag, 10. November:

Jungsozialisten. Gruppe Britz. 7½ Uhr, im Jugendheim Chausseestraße hinter dem Rathaus, Vortrag des Gen. Artur Zickler über: „Sinn und Unsinn der Jugendbewegung".

Gewinn-Auszug

der

18. Preuß.-Südd. (244. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 22. Ziehungstag [illegible] November 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:

4 zu 15000 M 147541 212718
4 zu 10000 M 9 07 281281
18 zu 5000 M 9302 16016 41849 94820 100293 204171 206818 274043 299027
1[illegible] zu 3000 M 19576 19807 20318 22919 2[illegible]64 25501 37171 40858 41328 42820 44950 48030 50051 65431 6[illegible] 8[illegible] 61933 63717 78941 89130 95358 107470 123778 134310 136289 [illegible]6581 139508 14[illegible] 14[illegible] [illegible] 146201 154107 [illegible] 154328 158244 157691 161413 [illegible] [illegible] 208 18 206978 209889 218 41 225934 229081 230346 231871 23 519 238186 24[illegible] 253288 254023 255696 255868 257460 254 73 265074 265441 271994 272867 274534 279178 283190 283 47 284550 [illegible]95344 297 [illegible] 297[illegible]31 297 93
4[illegible] zu 1000 M 2123 2327 3279 [illegible]749 5[illegible]75 6230 [illegible]78 7081 8194 13182 13830 16484 16494 17217 17 83 19140 21643 [illegible] 2[illegible]599 24459 27863 31780 32856 34812 35752 3058[illegible] 37097 37427 39110 [illegible]9714 40990 41226 42020 45[illegible] 2 43812 44307 48296 49903 50164 51142 53716 53737 56935 59327 61048 62228 64141 64685 66099 66247 67231 68[illegible] 7[illegible]04 71012 78380 81360 82984 83189 83275 83625 84312 84581 84868 85438 88490 88371 89234 89337 89634 93810 94 76 [illegible] 96283 [illegible]9000 99[illegible] 99756 100563 102618 106176 109094 110[illegible]15 112332 114248 116714 116960 116[illegible]53 116885 121898 122267 123042 123107 123350 123583 127[illegible]9 127[illegible]70 127359 128425 128802 129840 130902 131281 132616 13[illegible]540 137087 137670 137766 140381 142790 144121 144300 144935 145279 146721 147210 147276 150705 151197 152181 154294 154297 155[illegible]70 157077 158202 160021 160424 162208 [illegible]62397 164282 165855 166280 166438 170594 171037 171442 172280 174112 174[illegible]43 178110 180357 18[illegible]455 185532 187846 196614 198047 20047[illegible] 201734 202347 203801 204430 204439 2[illegible]7[illegible]70 208437 209253 [illegible]09407 213962 216190 217403 217510 218029 220317 220831 221532 221[illegible]8[illegible] 223199 2232[illegible]8 224040 226049 232418 232519 233904 233641 237584 239649 241[illegible] 241095 242304 242973 24[illegible] 9 244281 244065 246190 249931 25[illegible]662 2578[illegible]4 261070 261268 262770 264520 265191 267060 2[illegible]838[illegible] 269460 2[illegible]1872 272858 272607 272706 273080 274270 274009 274086 276733 276074 278493 279[illegible]69 282108 28[illegible]820 286227 289439 290684 297506 297[illegible]63 298087 29[illegible]508 2[illegible]9 74[illegible]

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:

4 zu 5000 M 10[illegible] 17[illegible]804
2 zu 10000 M 207745
14 zu 5000 M 1[illegible]983 55083 82816 99857 118970 165486 241427
142 zu 3000 M 1857 6482 7132 27216 [illegible] 26[illegible]90 4[illegible] 4[illegible]439 74748 75597 82163 [illegible] 85782 91440 [illegible]4079 95076 97289 [illegible] 105085 106184 109769 110300 116046 126316 [illegible]30878 131428 132742 133045 133469 13[illegible]017 138789 147388 154 46 159150 160943 162581 166027 168201 168568 176648 177218 179907 185907 186[illegible]71 [illegible] 192712 19 408 1948[illegible]7 192914 202[illegible]0 22[illegible]811 224707 227737 228242 238851 24[illegible]31[illegible] 2470[illegible]2 25[illegible] 2[illegible] 268589 2644[illegible]7 2703[illegible]4 270904 274214 279814 281024 29[illegible]304 297600 299817 299525 299996
[illegible]78 zu 1000 M 1094 3855 4545 6049 7172 7493 8196 10228 10411 10794 12794 16[illegible] 16177 17488 18916 19320 21386 21735 21[illegible]0 231[illegible]7 23361 28441 31003 37012 41927 43524 44027 45882 45[illegible]96 46438 53719 53778 54003 56599 57198 57714 59302 63787 64090 64475 647[illegible]3 60143 69313 69580 704[illegible] 71741 72198 7299[illegible] 75460 76169 77[illegible] 79009 831[illegible]3 85317 8[illegible]490 8[illegible]17 86267 88834 89[illegible]91 90550 91[illegible] 93445 94[illegible]54 98116 98[illegible]28 98[illegible] [illegible] 100432 10[illegible]638 106569 1[illegible]9846 1104[illegible]0 1105[illegible]9 116316 117100 117843 119206 119777 120089 128240 130787 139[illegible]95 1297[illegible]0 131081 135[illegible] 137121 141632 143126 143[illegible] 146[illegible] 140040 146[illegible] 1472[illegible] 147308 148[illegible] 162089 163773 165604 167229 157080 15[illegible]47[illegible] 16[illegible] 160774 167142 162848 16[illegible] 16[illegible]497 168271 1[illegible]7[illegible]04 168960 172267 176109 181181 18[illegible]306 182081 18[illegible]488 186820 189560 1900[illegible]2 190774 191907 19[illegible]598 19[illegible]648 195099 196090 19[illegible]72 200080 [illegible]97 204299 2044[illegible] 20[illegible] 207072 2074[illegible] 2[illegible] 212290 214350 216532 21918[illegible] 22[illegible] 22264[illegible] 224542 224947 226810 226[illegible] 226676 229053 2[illegible] 232139 233400 233073 237068 240354 24[illegible] 243831 246781 247901 252075 253817 255[illegible] 256009 257086 257[illegible]97 257[illegible]2 2[illegible] 262437 265533 266994 267018 268777 270081 27[illegible]041 278027 282139 28[illegible] 283820 2862[illegible] 28[illegible]4 288[illegible] 290336 290616 291451 291773 291[illegible] 29[illegible] 294219 296086 297[illegible] 299[illegible]

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den staatlichen Lotterie-Einnehmern zur unentgeltlichen Einsicht ausliegen.

Gewerkschaftsbewegung

Zum „Arbeitslosenstreik".

Eine Vollversammlung der freigewerkschaftlichen Arbeitslosenvertreter, die am 2. November tagte, nahm zu den Vorgängen in den Arbeitsnachweisen Stellung. Zunächst wurde begrüßt, daß, nachdem die Erwerbslosenfürsorge auf die einzelnen Verwaltungsbezirke übergegangen ist, die Gewerkschaftskommission schon alle Schritte zur Besetzung der Fürsorgeausschüsse eingeleitet hat. Es werden Kollegen vorgeschlagen, die mit der Materie durchaus vertraut sind, um so für die Interessen der Erwerbslosen auch wirksam tätig zu sein.

Der von der Fichtmann-Gruppe aus Anlaß der Arbeitslosenzählung inszenierte „Arbeitslosenstreik" wurde dann eingehend behandelt. Mit dem Referenten, Kollegen Siegle, stimmten alle Diskussionsredner in der Beurteilung dieses verbrecherischen Manövers, dessen Leidtragenden die von diesem Narren verhetzten Arbeitslosen wieder selbst sind, überein. Wer längere Zeit Gelegenheit hat, die Vorgänge innerhalb der Arbeitslosenbewegung zu beobachten, muß zu der Annahme gelangen, daß die Fichtmann-Leute bezahlte Unternehmerspitzel sind. Nur so ist ihr unheilvolles Wirken verständlich, das zuletzt dahin führte, in den Arbeitsnachweisen wüste Tumultszenen aufzuführen und eine Arbeitsvermittlung unmöglich zu machen und später noch die Parole auszugeben, vermittelte Arbeit abzulehnen. Den Arbeitsnachweis halten sie für den Betrieb der Arbeitslosen, von dem das „revolutionäre Handeln" seinen Ausgang nehmen soll zum „rücksichtslosen Kampf um die Zertrümmerung der Gewerkschaften". Ein geradezu blödsinniges Beginnen. Jahrelang hat die Arbeiterschaft erbitterte Kämpfe um den paritätischen Arbeitsnachweis geführt, fortgesetzt gehen die Bemühungen, den Arbeitsnachweis den freien Gewerkschaften zu erhalten und ihren Einfluß zu stärken. Nun wollen Hanswürste es dahin treiben, daß durch Hinterwege „Arbeitswillige" und Lohndrücker in die Betriebe kommen. Es ist zu bedauern, daß sich noch immer Arbeitslose finden, die solchen Schädlingen nachlaufen.

Die Vorgänge beweisen auch, wohin es führt, wenn die Vertretung der Arbeitslosen durch „politische Räte" erfolgt. Mit der entsetzlichen Not der Arbeitslosen darf kein politischer Schacher getrieben werden. Mit der Parole „Aktionsausschüsse" und andererseits „Politische Erwerbslosenräte" ringen KAPD. und KPD. um die Siegespalme. Das Arbeitslosenproblem ist in erster Linie ein Wirtschaftsproblem. Als solches wird es von den Gewerkschaften angepackt, deren vornehmste und zwingendste Aufgabe es sein wird, die Arbeitslosen in den Produktionsprozeß einzugliedern. Dessen sollen sich auch die kommunistischen Gewerkschaftler bewußt sein. Sie müßten den Mut aufbringen, auch einmal Parteiparolen zu mißachten, wenn es im Interesse der Gewerkschaftsbewegung liegt.

Die Gewerkschaften sind unermüdlich für Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten tätig und vergessen nicht, die Nöte der Arbeitslosen gemeinsam mit den sozialistischen Parteien zu lindern und für die so aufgestellten Forderungen aber dann auch mit der ganzen wirtschaftlichen Macht der Gewerkschaften dahinter zu stehen. Der ADGB. hat am 13. Oktober Schritte zu einer Erhöhung der Unterstützungssätze eingeleitet. Die Berliner Gewerkschaftskommission wird auch bei den Behörden mit allem Nachdruck daran arbeiten, daß die Unterstützungssätze der gegenwärtigen Teuerung Rechnung tragen.

In der Verurteilung unrealisierbarer Forderungen waren sich auch diejenigen freigewerkschaftlichen Arbeitslosenvertreter, die politisch zur KPD. gehören, einig. Es kam zum Ausdruck, daß es richtiger ist, die ganze Macht der wirtschaftlichen Organisationen hinter realisierbare Forderungen zu stellen, als durch unverantwortliche Forderungen die Arbeitslosen aufzupeitschen. Das Nichterfüllen unmöglicher Forderungen schafft Verbitterung, die dann letzten Endes zum Kampf von Proletariern gegen Proletarier führt, wie die Vorgänge jetzt und im Sommer vor dem Gewerkschaftshaus beweisen.

Die freigewerkschaftlichen Arbeitslosenvertreter empfangen von keiner politischen Partei Parolen und wirken im Interesse aller Arbeitslosen, auch der unorganisierten. In steigendem Maße erwerben sie sich täglich Vertrauen. So ist im Monat Oktober in 1387 Fällen Auskunft erteilt worden, 443 Schriftsätze sind angefertigt, 508 Beschwerden und Recherchen sind erledigt worden und in 394 Verhandlungen sind die Interessen der Arbeitslosen weiter vertreten worden. Sturm auf das Gewerkschaftshaus und Arbeitsnachweistumulte fehlen allerdings in dieser Registratur.

Lohnbewegung bei der Treuhandgesellschaft.

Die Angestellten der Reichstreuhandgesellschaft befinden sich schon seit längerer Zeit in der Lohnbewegung. Ihre Verhandlungskommission hat in mehreren Sitzungen mit den Leitern der Gesellschaft versucht, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, was aber bisher nicht erreicht worden ist. Die Löhne in den bestehenden sechs Gruppen der Angestellten sind in Gruppe I: 2225, II: 1775, III: 1525, IV: 1375, V: 1175 und in Gruppe VI: 1025 M. Ein letzter Vorschlag der Verhandlungskommission forderte folgende Zuschläge für die Gruppen: 550 — 525 — 450 — 375 — 325 und 225 M. Außerdem wurde die Gleichstellung der männlichen und weiblichen Angestellten verlangt, ferner eine Zulage für die Verheirateten von 350, für die Kinder von 175, sowie Berufsalterszulagen im Betrieb von 50 (statt der bisherigen 25) und sonst 15 M. Die Direktion hat es jedoch abgelehnt, diese Forderungen anzuerkennen.

Camminer (vom ZdA.) wies darauf hin, daß die Ablehnung die Verhandlungskommission davon entbinde, die Löhne für längere Zeit festzulegen; sie werde nunmehr das Mindestmaß für November, aber ein Mehr für Dezember verlangen müssen. Von dem Mindestmaß werde man nicht einen Schritt abgehen können und für Dezember seien neue Forderungen zu stellen. Nach einer längeren Aussprache, an der sich mehrere Redner beteiligten, wurde folgende Entschließung ohne Gegenstimme angenommen:

Die heutige Vollversammlung nimmt mit Erstaunen Kenntnis davon, daß die Direktion in letzter Stunde das letzte Verhandlungsresultat abgelehnt hat und neue Verhandlungen wünscht. Sie erklärt aber, daß sie (den im letzten Vorschlag) liegenden Vermittlungsvorschlag der Gewerkschaft für das Mindeste hält, was angenommen werden kann und verwirft angesichts des Verhaltens der Direktion die ursprünglich hieran geknüpfte Bedingung auf Festsetzung der Gehälter bis Ende Dezember. Sie beauftragt die Gewerkschaft und den Betriebsrat, jegliche Verhandlung auf anderer Basis abzulehnen und erteilt ihnen Vollmacht, bei weiterem unverständlichen Widerstand der Direktion den Schlichtungsausschuß anzurufen und darüber hinaus alle Vorbereitungen zu treffen, um auch durch das Mittel der Arbeitsverweigerung die notwendigsten Existenzbedingungen sicherstellen zu können.

Die Transportarbeiter der Gruppe Oele und Fette nahmen in ihrer Gruppenversammlung am Dienstag zum neuen Lohntarif Stellung, über den Leue berichtete. Der Rahmentarif für die Gruppe Mineralöle und Fette bleibt bestehen. Die Löhne der Jugendlichen bis zum 19. Lebensjahr einschließlich sind um 25 Proz. erhöht. Die weiblichen Arbeitskräfte erhalten vom vollendeten 20. Lebensjahr ab 75 Proz. der Sätze der männlichen. Arbeiter, Kutscher und vollwertige Mitfahrer in den Kleinbetrieben erhalten 370 M. wöchentlich. Für die Großbetriebe Oler-Petroleum, Mineralölwerke Rhenania, Stern-Sonneborn A.-G., H. Wertheim Söhne gelten folgende Wochenlöhne: Lagerarbeiter und Kutscher 400 M., Chauffeur und Handwerker 410 M. Mit den Handwerkern in diesen Betrieben sind besondere Vereinbarungen zu treffen, wonach ihnen die bisher gewährten Qualitätszulagen weiter gewährt werden. — Die Vereinbarung gilt ab 1. Oktober und kann erstmalig zum 31. Dezember 1921 mit einmonatiger Kündigungsfrist gekündigt werden. Sollten sich die Lebenshaltungskosten derart verändern, daß eine Nachprüfung der geltenden Lohnsätze gerechtfertigt erscheint, so können frühestens am 15. November neue Verhandlungen stattfinden. Der Verbandsvertreter Puhlmann erklärte wie der erste Redner im Hinblick auf das sprungvolle Hochschnellen der Preise die Voraussetzung für neue Lohnverhandlungen für gegeben. Auch die Diskussionsredner traten dafür ein, daß in die Verhandlungen eingetreten wird. Die Versammlung entschied in diesem Sinne.

SPD.-Aktionsausschuß der AEG.-Betriebe. Donnerstag 5 Uhr Restaurant Obiglo, Stralsunder Str. 11: Obleute-Konferenz.

Zentralverband der Hausangestellten. Donnerstag, 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der Schulaula, Winterfeldtstr. 16: Vortrag über die Volksfürsorge.

Soziales.

Kinderaussagen in Sittlichkeitsprozessen.

Der erste „Internationale Kongreß für Sexualreform auf sexualwissenschaftlicher Grundlage" in Berlin nahm folgende Entschließung an und gab sie an das Reichsjustizministerium weiter: „Der Kongreß erhebt für die Neugestaltung der Strafprozeßordnung die Forderung, daß besondere Bestimmungen in sie aufgenommen werden über die Verwendung von jugendlichen Zeugen im Rechtsgange besonders von Sexualprozessen. In diesen neuen Bestimmungen müssen folgende Grundsätze zum Ausdruck kommen:

1. Die erste Vernehmung jugendlicher Zeugen darf nur von pädagogisch-psychologisch geschulten und erfahrenen Personen erfolgen.
2. Die Zahl der Vernehmungen überhaupt und die Zahl der Vernehmenden ist im Interesse der Schonung der jugendlichen Zeugen möglichst zu beschränken.
3. Auf Antrag des Angeschuldigten und in Fällen, wo Jugendliche als alleinige Zeugen in Frage kommen, ist von seiten des Gerichts ein pädagogisch-psychologischer Sachverständiger und ein Sexualarzt als Gutachter hinzuzuziehen. Diese haben das Recht der Einsichtnahme in die Akten und dürfen die Zeugen schon während der Voruntersuchung prüfen. Auch dürfen sie Anträge zu notwendigen Erhebungen in bezug auf die Zeugen und den Angeklagten stellen.
4. In schwierigen Fällen hat schon die Staatsanwaltschaft vor Erhebung der Anklage einen Gutachter zu hören.

Aus aller Welt.

Ein Schiff vom Sturm entführt. Der orkanartige Sturm riß das im Fährhafen von Hamburg (Fehmarn) liegende Fährschiff los und entführte es in den Fehmarnsund, wo die hochgehenden Wellen es auf holsteinischer Seite 200 Meter weit auf den Strand warfen. Bei fallendem Wasser war keine Möglichkeit, das Schiff frei zu bekommen, sodaß Fehmarn ohne Fährverbindung mit dem Festlande ist.

Tapfere Krieger gegen Denkmäler und Bewohner deutscher Städte sind bekanntlich die tschechischen Sokoln. Anläßlich der Mobilmachung ist ein Aufruf an sie ergangen, alle ihre Kräfte und ihr Leben bis zum letzten Mann und zur letzten Frau freudig im Wach- und Sicherheitsdienst im Hinterland zur Verfügung zu stellen. Die Brünner tschechisch-kommunistische „Rovnost" (Gleichheit) weist darauf hin, daß in der tschechoslowakisch-revolutionären Armee in Rußland im Jahre 1917 nach dem Ausweis der russischen Zweigstelle des tschechisch-slowakischen Nationalrates bloß 3 v. H. Sokoln waren. Damals gab der Nationalrat schweren Herzens zu, daß die „Blüte des Volkes" in die Gefangenschaft nicht aus idealen Beweggründen, sondern als ganz gewöhnliche Drückeberger gegangen wären. Auch stellt das Blatt fest, daß bei dem Einbruch der magyarischen Bolschewiki in die Slowakei die Sokoln beim Wach- und Sicherheitsdienst und bei vollen Schüsseln fernab von jeder Gefahr ihren Dienst verrichtet haben. An der Front sah man nicht einen einzigen Sokol, aber als alles vorüber war, da hängten sie sich an die Sieger an, um ihr „Heldentum" zur Schau zu tragen und noch einige Lorbeeren zu ernten. Das Blatt macht darauf aufmerksam, daß sich jene Vorfälle in diesen Tagen scheinbar wiederholen sollen, da es in dem Aufruf der Sokoln ausdrücklich heißt, daß es sich um eine „Hilfeleistung für das Vaterland bei seinen Abwehrmaßnahmen" handle, also nicht in der ersten Kampflinie. Den Sokoln wird zur Beruhigung mitgeteilt, daß sie den Wachdienst im Bereich ihres Gaues ausüben sollen.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Salem Raucher!
Die Beibehaltung der alten, feinen Qualität macht nach Inkrafttreten der neuen Steuersätze folgende erhöhte Preisnotierungen leider unvermeidlich:
Salem Aleikum
Salem Gold
No 40 rot, 50 grün, 60 orange, 80 gelb
40 50 60 80 Pf. d. St.
Cavalier 80 Pf. Cabinet M. 1.25 Pf. d. St.
Die Preiserhöhung ist so niedrig bemessen, daß sie nur einen Teil unserer Selbstmehrkosten deckt.

Sie werden durch einen wirklichen Genuß für den Preisaufschlag entschädigt.
„Yenidze"

Der deutsche Weinbrand
EGON BRAUN AUSLESE
Weinbrennereien Hamburg

D. R. G. M.
Allen voran
beim Einkauf von
Brillanten, Platin
Gold- und Silber-Bruch
Uhren • Zahngebissen • Ketten
die führende Firma
Juwelier H. Wiese
Artilleriestraße 30
Telephon Norden 1030
5 Minuten vom Bahnhof Friedrichstraße
Die Treue und das unerschütterliche Vertrauen, mit denen immer wieder das Publikum zu meiner Firma hält, ist der sicherste Beweis und zugleich der Dank für die strenge
Reellität meines Unternehmens
Ich halte auch weiterhin trotz aller Anfeindungen den guten Ruf meiner Firma hoch

Um die Fahne der Republik
Von Dr. Ed. DAVID
Eine neue Schrift aus Geschichte u. Gegenwart wider die Verächter der Republik und ihrer Farben.
Preis Mark 2,-
Buchhandlung Vorwärts
BERLIN SW. 68, Lindenstraße Nr. 3.

Schwarz-Rot-Gold
Republikanisch. Abzeichen in Semi-Email e u. Metall liefert Andenken-Fabrik C. O. Schubert, Köln, Komödienstr 60. Muster gegen Einsendung v. M. 3.

Ihre Damen- u. Herrenhüte
reinigt, färbt u. preßt um in höchst. Vollendg
Stroh- und Filzhutfabrik Georg Erdmann
Schönhaus. Allee 116, Reinickendorfer Str. 32
Neukölln, Hermannstraße 56 57
Hiertür 5% Ermäßigung

Tuchfabrik-Niederlage
H. Lamprecht, Berlin-Treptow, Bouchéstr. 17
liefert direkt an Private Stoffe für Herren und Damen zu Fabrikpreisen. Ulster- und Paletotstoffe
Geschäftszeit von ½9—7 Uhr

Korsette
aus Ia Stoffen u. in allen Preislagen
empfiehlt
Korsett-Fabrik Richard Neeke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treskow-Allee 83
2. „ B.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 36
3. „ Berlin, Kommandantenstr. 23
124 Bz Ecke Alte Jakobstraße

Möbel
zu niedrigsten Preisen direkt an Private
Riesenauswahl
Schlafz. 1888-16785 M
Speisez. 1710-18670 „
Herrenz. 1753-17845 „
Wohnz. 875 5890 „
Küchen 445-2885 „
Liefer. franko Lagerung kostenl. 10jähr. Garant.
Möbelhaus Rejewske
Berl., Dabitzstr. 66

Wäsche-Hof
im Leihhaus Moritzplatz 58a
verkauft staunend billig Hemden, Beinkleider, Bettbezüge, große Teppiche, Künstler-Gard., Stepp- u. Diwandecken, Daunenbett. Nur Gelegenheitskäufe. Ferner Lombardware

Die Frauen aus dem alten Staden
№ 17
von
Henny Lehmann
Das ist eine neue Herz und Sinn fesselnde Geschichte. Ein vortreffliches Geschenkbuch im besonderen für Frauen.
Preis M 12,50 schön geb.
Buchhandlung Vorwärts
SW 68, Lindenstr. 2

Klaviere
bestens zahlend kauft Herer, Gubenstr. 8. Kollend. 1154

Alt-Metalle
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw. kaufen zu Engrospreisen speziell v. Händlern, Installateuren und Fabriken
Gebr. Fuhrmann, Kollendorfstraß. 30 Laden
9—7 Uhr

Sicher. Kapitalsanlage
Parzellen bestes Gartenland
bei den Bahnhöfen
Mariendorf
Marienfelde
Nieschalke & Nitsche
Neue Königstr. 16 (Alex. 3876)

Beste Kapitalsanlage
Parzellen hervorragend. Gartenland
nahe den Bahnhöfen
Biesdorf
Mahlsdorf
Nieschalke & Nitsche
Neue Königstr. 16 (Alex. 3876)